



Erbe Sonnenthal auf ehemaligem Familienbesitz in Teltow: „Bis zum bitteren Ende“

RESTITUTION

## Die Schande von Teltow

Seit 22 Jahren kämpfen jüdische Nachfahren um das Erbe der von den Nazis verfolgten Familie Sabersky. Es geht um 1000 Grundstücke im Speckgürtel von Berlin.

**P**eter Sonnenthal hat sie gejagt. Die Harten, die Schlaunen und die Oberschlaunen, die Zocker, die im größten Casino der Welt die Karten zinken wollten: an der Wall Street. Der Jurist war in den achtziger Jahren Untersuchungsanwalt der US-Börsenaufsicht SEC, für Millionenbetrüger war er Mr. Angst und Mr. Schrecken in einer Person. Und am Ende hat er die meisten nicht nur gejagt, er hat sie auch gekriegt.

Doch es gibt Gegner, die selbst einen hartgesottenen amerikanischen Strafverfolger in die Knie zwingen; nicht am Hudson River in New York, aber am Teltowkanal in Brandenburg. Seit 22 Jahren kämpft Sonnenthal mit seinen Verwandten gegen deutsche Behörden um das Erbe seiner jüdischen Vorfahren. 84 Hektar Land im Speckgürtel von Berlin, unweit der mondänen Reichenose Dahlem. 1000 Grundstücke, millionenschwer.

Der Streit dürfte in die Rechtsgeschichte der Bundesrepublik eingehen: Er begann 1991 im regionalen Amt für offene Vermögensfragen, wanderte ins Branden-

burger Landesamt, kam vor das Verwaltungsgericht, fünfmal vor das Bundesverwaltungsgericht, beschäftigte das Bundesfinanzministerium und liegt aktuell unter anderem beim Bundesverfassungsgericht. Wo immer Sonnenthal in über zwei Jahrzehnten de jure gewann, lief er gleich danach vor die nächste Wand.

Als das Drama begann, war Peter Sonnenthal 37 Jahre alt und lebte in Denver im US-Bundesstaat Colorado. Inzwischen ist er 59, nach Berlin umgezogen und gibt dort manchmal eine Demonstration seiner Ohnmacht; genauer gesagt eine Ein-Mann-Demo am Brandenburger Tor, mit einem Schild in der Hand: „Justice delayed – is justice denied!“ (Verzögertes Recht ist verweigertes Recht).

Der Kampf um die Grundstücke in Teltow hat Sonnenthal an seine Grenzen gebracht. „Historische Fakten werden verneint, das Recht missbraucht, den Nazis von Teltow wird im Nachhinein recht gegeben“, sagt er. Alles müsse vor Gericht erstritten werden, kein Entgegenkommen, nirgends. „Das ist verletzend für die Fa-

milie. Unser Eigentum wurde gestohlen, und wir müssen uns rechtfertigen.“

Die Geschichte von Peter Sonnenthal und seinem Erbe beginnt kurz nach der Reichsgründung. 1872 erwerben die Berliner Kaufleute Max Sabersky und dessen Bruder Albert, Sonnenthals Urgroßvater, Land am inzwischen zugeschütteten Teltower See: das Gut Seehof. Die Familie macht aus Teilen des Landes einen Berliner Sommersitz für Künstler, Wissenschaftler und Unternehmer.

Max Sabersky ist Mitbegründer der Aktiengesellschaft Dampfstraßenbahn, ab 1888 rumpeln die Wagen von der Villenkolonie bis zum Bahnhof Groß-Lichterfelde. Es werden eine Seepromenade, ein Kurhaus und eine Badeanstalt gebaut. Auf dem einstigen Ackerland entsteht ein aufstrebender Vorort Berlins.

Bis 1933 ist die jüdische Großfamilie Teil der gehobenen Gesellschaft. Paul Mamroth, Mitbegründer und Vorstandschef der AEG in Berlin, gehört als Schwiegersohn dazu. Er sitzt in den Aufsichtsräten der Deutschen Luft Hansa AG und von Osram.

Nach der Machtergreifung der Nazis dürfen die Familienmitglieder ihren Beruf nicht mehr ausüben. Ein sogenannter Arieur wird im Oktober 1933 beauftragt, das Gut weiterzuparzellieren und zu verkaufen. Etwa ein Drittel muss die Familie unentgeltlich an die Stadt Teltow abgeben. Deren Bürgermeister, zugleich NSDAP-Ortsgruppenleiter, lässt 1934 die Max-Sabersky-Allee nach Wilhelm Kube umbenennen, einem Nazi, von dem der Aus-

spruch über Juden überliefert ist: „Der Pestträger muss ausgemerzt werden.“

Die meisten Mitglieder der Familie retten sich vor dem Holocaust in alle Welt, nur ein Sohn versteckt sich in Berlin und überlebt mit viel Glück Hitlers Herrschaft.

Nach dem Krieg stehen die Erben vor einem Problem: Die Latifundien liegen im Osten, an ihren alten Villen geht der Postenweg der DDR-Grenzer vorbei. Der Teltowkanal trennt den früheren brandenburgischen Sabersky-Besitz vom West-Berliner Stadtteil Lichterfelde. Die Nachfahren haben keine Chance, an ihr Eigentum zu kommen – bis im November 1989 die Mauer fällt.

Im Einheitsjubiläum beginnt ein Rechtsstreit um die Frage, ob die jüdische Familie während des Hitler-Regimes freiwillig und zu fairen Preisen verkauft hat oder ob sie von den Nazis verfolgt und genötigt wurde. Erste Restitutionsanträge bringen keinen Erfolg: 1996 werden alle Anträge der Sonnenthals abgelehnt. Die Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen gehen nicht davon aus, dass die Saberskys unter Verfolgungsdruck der Nazis ihre Grundstücke verkauften. Der Fall wandert noch im selben Jahr vor das Verwaltungsgericht Potsdam – wo er bis heute immer wieder verhandelt wird.

Seit 16 Jahren sind der Vorsitzende Richter der 1. Kammer Wilfried Hamm und sein Beisitzender Richter Peter Pfennig mit der Causa befasst. Peter Sonnenthal fühlt sich von ihnen regelrecht verfolgt: „Vom ersten Tag an haben die gegen uns entschieden.“ In einem Perpetuum mobile des Rechtsstaats weisen Hamm und Pfennig die Klagen stets ab, lassen die Revision nicht zu. Die Erben ziehen dagegen vor das Bundesverwaltungsgericht, das einen Teil der Verfahren nach Potsdam zurückgibt, wieder zu Hamm und Pfennig.

Während all der Jahre gab es auch Lichtblicke für Sonnenthal. 2003 erklärte das Bundesverwaltungsgericht in seinem Urteil „Teltow-Seehof III“, es habe „keine Zweifel“ daran, dass die jüdische Familie auf Druck der Nationalsozialisten verkauft habe. Daraufhin schloss der Bund 2005 mit den Erben einen Vergleich über alle 1000 Grundstücke.

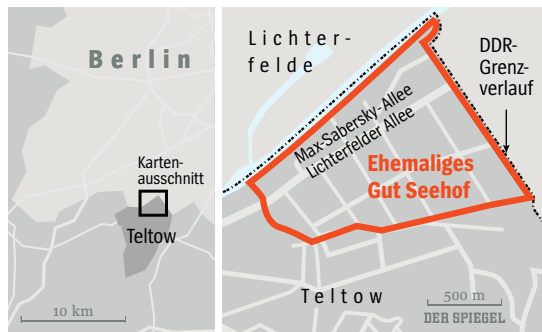
Doch dann kam die Stadt Teltow. Sie klagt seit 2006 gegen die ausgehandelte Restitution und gegen den Bund. Bis heute zieht sich der Streit vor den Gerichten. Die Teltower zweifeln an der Verfolgung ihrer jüdischen Bevölkerung. Eine Anwältin argumentiert im Namen der Stadt, dass Paul Mamroth aus Altersgründen aus seinen Ämtern ausgeschieden sei und „nicht aufgrund nationalsozialistischen Verfolgungsdrucks“. Indes erinnert eine Gedenktafel auf dem Teltower Friedhof an ihn als AEG-Direktor, Ehrensensator der Technischen Hochschule Berlin und „Verfolgten des NS-Regimes“.

Die Anwältin legt Berichte aus dem Stadtarchiv vor, die belegen sollen, dass Juden in den ersten Jahren des Nationalsozialismus in Teltow kaum bedroht wurden, weil man zunächst mit der „Ausschaltung von Sozialdemokraten und Kommunisten beschäftigt“ gewesen sei.

Es ist ein zäher Meinungsstreit um historische Begebenheiten, Legenden und Interpretationen. In der Touristeninformation von Teltow liegt ein Buch aus mit dem Titel: „Sie waren unsere Nachbarn. Jüdisches Leben in Teltow bis 1945“. Zwei Historiker haben darin die Fakten zusam-



**Familie Sabersky auf Gut Seehof 1930**  
Freiwillig verkauft oder genötigt?



mengetragen und auch das Leben der Saberskys nach 1933 beschrieben: „Das Reichserbhofgesetz vom 29. September 1933 verbietet Juden die Ausübung landwirtschaftlicher Tätigkeit. Da dadurch das Einkommen der Familie stark gefährdet ist, bleibt ihr kein anderer Weg als der Verkauf ihres Grundbesitzes, um die Emigration finanzieren zu können.“

Die Stadt glaubt jedoch, dass die Saberskys schon 1927 beabsichtigten, ihre Grundstücke aus wirtschaftlichem Interesse zu verkaufen. Experten vom Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin wiederum bescheinigen den Erben, die Familie habe „ihre Grundstücke aufgrund der von den Nationalsozialisten betriebenen Politik der systematischen und kollektiven Ausgrenzung jüdischer Mitbürger veräußert“.

Robert Unger ist ein erfahrener Strafverteidiger in Berlin, seine Kanzlei vertritt Sonnenthal seit Jahren. Er sagt, er habe ein derartiges Verfahren noch nie

erlebt. „Die Behauptung der Stadt Teltow, die Saberskys hätten nach 60 Jahren Leben und Aufbauarbeit in Teltow ihren gesamten dortigen Grundbesitz aus freien Stücken einem Nazi übertragen, ist absurd und grotesk. Es ist eine Schande.“

Thomas Schmidt, der Bürgermeister von Teltow, will sich nicht in die rechte Ecke schieben lassen, die Stadt sei nicht „auf dem einen Auge blind“. Doch hätte man nicht einen Schlussstrich ziehen können? „Schwierig“, sagt Schmidt. Teils stehe jetzt Wald auf den Grundstücken, die Sonnenthal bebauen will. Teils lägen sie im Landschaftsschutzgebiet. Nur: Was kann der Erbe dafür, dass die Bäume im Schatten der Mauer so prächtig wuchsen?

Es gab mal einen Runden Tisch in Teltow. Bürgermeister Schmidt sagt, dass Sonnenthal dort unerschrocken wieder eine Antisemitismusdebatte vom Zaun gebrochen und dann den Raum verlassen habe. Aus Schriftwechseln der Stadt mit den Anwälten geht dagegen hervor, dass die Stadt die Gespräche selbst „auf unbestimmte Zeit“ ausgesetzt hat. Sonnenthal erwartet vom Rathaus, dass es „die historische Verantwortung“ wahrnimmt.

Schmidt entgegnet, in der Stadt seien Stolpersteine zur Erinnerung an die jüdischen Mitbürger verlegt worden. Seine eigene Großmutter sei Jüdin gewesen, sie starb in Auschwitz. Ihm dürfe niemand antisemitisches Verhalten vorwerfen. Die Stadt sei gesprächsbereit, doch als Bürgermeister müsse er sich an die Gesetze halten.

Was Stadt und Gerichte vor allem wollen, sind Vergleiche. Doch Sonnenthal will nicht auf weitere Teile des Erbes verzichten. Er hält das für unwürdig. „Ich mache weiter bis zum bitteren Ende“, sagt er.

Gerade hat das Verwaltungsgericht Potsdam wieder Urteile gefällt. Doch geregelt ist nichts. Teils gewann die Stadt Teltow, teils Sonnenthal mit seiner Schwester Valerie aus Massachusetts. Revision wurde wie immer nicht zugelassen, dagegen haben Sonnenthals Anwälte nun erneut Beschwerde eingereicht.

Peter Sonnenthal hat inzwischen auch das Bundesverfassungsgericht angerufen. Nachdem ihm zehn Grundstücke zurückgegeben worden waren, verweigerte man ihm die Genehmigung, darauf Doppelhäuser zu bauen.

Als das Terrain dereinst der Familie enteignet wurde, war es Bauland. Jetzt argumentierten die Gerichte: Die Bauanträge könnten allenfalls auf Grundlage der Bauplanung von 1935 genehmigt werden. Ein Witz, über den Peter Sonnenthal nicht lachen kann. Keine Behörde dieser Welt würde ihm heute einen Neubau nach der Bauart von 1935 genehmigen.

STEFFEN WINTER